

Fortsetzung von Seite 1

## Ist der Fiskalpakt unsozial?

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Volkssolidarität sind besorgt, dass die Vorgaben des EU-Fiskalpakts zu weiteren Kürzungen im Bereich der Sozialen Sicherungssysteme führen werden. Die fünf Impulsreferate der Expertenrunde ließen u. a. mögliche Konsequenzen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, der gesetzlichen Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung deutlich werden. Dabei kamen auch die aktuellen Überlegungen der

EU-Kommission zu einer umfassenden Revidierung des Mehrwertsteuersystems mehrfach zur Sprache. Im Anschluss an die anknüpfende Diskussion sprach der Vizepräsident der Volksfürsorge, Dr. Frank-Michael Pietzsch, das Schlusswort. Beide Sozialverbände werden die sozialpolitische Diskussion über die Auswirkungen des Fiskalpaktes im Sinne einer nachdrücklichen Interessenvertretung ihrer Mitglieder fortführen.



**Prof. Dr. Gustav Horn**  
Hans-Böckler-  
Stiftung

„Die Eurokrise ist nicht (allein) als Staatsschuldenkrise zu interpretieren. (...) Dies gilt vielleicht für Griechenland, aber z.B. überhaupt nicht für Irland, dessen Schulden erst im Verlauf der Krise entstanden sind. (...) Der Euroraum ist in einer Systemkrise infolge unvollkommener Institutionen. (...) Ein Ausweg ist die Organisation der gesamtwirtschaftlichen Kontrolle. (...) Der Fiskalpakt ist als ein Teil einer langfristigen Lösung zu betrachten, den Euroraum zu stabilisieren.“



**Dr. Irene Vorholz**  
Deutscher  
Landkreistag

„Aus der Daseinsvorsorge lässt sich noch kein Anspruch eines einzelnen Bürgers ableiten. Der Rechtsanspruch ergibt sich vielmehr aus dem Sozialgesetzbuch. (...) Wenn das, was in einer Kommune nach den konkreten Gegebenheiten als freiwillige Leistung vor Ort umgesetzt werden soll, durch den Rechtsanspruch des Einzelnen aufgefressen wird, bleibt wenig Gestaltungsspielraum. (...) Der Einbezug der Kommunen in den Fiskalpakt wird uns helfen.“



**Dr. Herbert Rische**  
Deutsche  
Rentenversicherung

„Schon jetzt ist die Einwirkung des Fiskalpakts auf die Deutsche Rentenversicherung in einigen Bereichen spürbar. So wird auf europäischer Ebene über eine Revidierung des Mehrwertsteuersystems beraten. (...) Die Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung würde zu einer erheblichen Belastung der Deutschen Rentenversicherung führen, ohne dass hiermit eine qualitative Verbesserung verbunden wäre. (...) Die fiskale Position darf die sozialpolitische nicht verdrängen.“



**Prof. Dr. Klaus Jacobs**  
Wissenschaftliches  
Institut der AOK

„Die gesetzliche Krankenversicherung trägt grundsätzlich nicht zu einem strukturellen Defizit in der Definition des Fiskalpaktes bei, weil sie keine Kredite aufnehmen kann und stattdessen Zusatzbeiträge erhebt. Aber es gibt mittelbare Auswirkungen (...). So wird in den Bundeszuschuss von eigentlich 14 Milliarden Euro willkürlich eingegriffen mit dem Ziel eines ‚strukturell ausgeglichenen Haushaltes‘. (...) Die Gelder der Versicherten werden somit zweckentfremdet.“



**Dr. Klaus Schuberth**  
Bundesagentur  
für Arbeit

„Stabile Staatsfinanzen sind für die Sozialversicherungen sehr bedeutsam. Auf dem Weg dahin können Ausgabenkürzungen und Kostensteigerungen belastend wirken. (...) So könnte z.B. der Wegfall der Sonderregelungen zur MwSt. für Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu einer Mehrbelastung von rund 1,2 Milliarden Euro im Jahr führen. (...) Der Wegfall der Sonderregelungen zur MwSt. würde auch im Bereich der Grundsicherungsleistungen zu Mehrbelastungen führen.“

SoVD stellt im Rahmen einer Pressekonferenz ein Positionspapier vor

## Eine solidarische Bürgerversicherung für alle

Für einen stärkeren sozialen Ausgleich in der Krankenversicherung setzt sich der Sozialverband Deutschland ein. Im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin stellten SoVD-Präsident Adolf Bauer und Klaus Kirschner, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss im SoVD-Bundesverband (SPA), das Positionspapier „Solidarische Bürgerversicherung – Anforderungen des SoVD an eine leistungsfähige gesetzliche Krankenversicherung“ vor.

„Eine verfehlte Politik hat dazu geführt, dass ältere, behinderte und sozial benachteiligte Menschen in Deutschland einseitig mit Gesundheitskosten belastet werden“, sagte Bauer vor zahlreich anwesenden Pressevertretern. Einer wachsenden Bevölkerungsgruppe drohe aufgrund fortlaufend steigender Gesundheitskosten der soziale Abstieg. Es sei von rund sieben Millionen Betroffenen auszugehen, so Bauer.

Der SoVD fordert seit langem eine Gesundheitsreform, die das bewährte System der umlagefinanzierten und gesetzlichen Krankenversicherung zu einer

solidarischen Bürgerversicherung fortentwickelt. Bauer betonte: „Die Idee der Bürgerversicherung ist als Wahlkampfthema gesetzt. Mogelpackungen dürfen wir der Politik nicht durchgehen lassen.“

In dem Positionspapier werden an erster Stelle Verbesserungen bei der Leistungserbringung vorgeschlagen, so etwa hinsichtlich der wohnortnahen Versorgung. Zweitens wird gefordert, weitere Einkommen für die Beitragsbemessung heranzuziehen und den einseitigen Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten abzuschaffen. Drittens müssen aus



Foto: Herbert Schlemmer

Stellten ein Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung vor: SoVD-Präsident Adolf Bauer (li.) und Klaus Kirschner, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss im SoVD-Bundesverband.

SoVD-Sicht die Krankenkassen der Bürgerversicherung als Vollversicherungssystem öffentlich-rechtlich organisiert werden. Klaus Kirschner, SPA-Mitglied und ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für

Gesundheit im Deutschen Bundestag, sagte: „Für den SoVD ist es wichtig, die Versorgung der Menschen und nicht nur die Finanzierung in den Blick zu nehmen. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen einen barri-

erefreien Zugang zu bedarfsgerechten Gesundheitsleistungen haben.“

Das Positionspapier steht unter: [www.sovd.de/buergerversicherung\\_2013/](http://www.sovd.de/buergerversicherung_2013/) zum Herunterladen bereit.